Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2014-08-19

Dezernat/ Amt: III / Amt für
Stadtentwicklung
Bearbeiter/in: Herr Oertel
Telefon: 545 - 2466

Informationsvorlage Drucksache Nr.

00012/2014

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr
Hauptausschuss

Betreff

Entwurf der Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms M-V
Stellungnahme der Landeshauptstadt Schwerin im Rahmen des 1. Beteiligungsverfahrens

Beschlussvorschlag

Der Hauptausschuss nimmt die Stellungnahme der Landeshauptstadt Schwerin zum ersten Entwurf der Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms zur Kenntnis.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Im Rahmen eines ersten Beteiligungsverfahrens hat das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung als oberste Landesplanungsbehörde den Entwurf der Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms M-V der Landeshauptstadt Schwerin zur Stellungnahme übersandt.

Die Fortschreibung soll das derzeit geltende Landesraumentwicklungsprogramm von 2005 ablösen. Das Landesraumentwicklungsprogramm ist eine querschnittsorientierte und fachübergreifende, raumbezogene Rahmenplanung und Grundlage für die Regionalen Raumentwicklungsprogramme, in denen verschiedene Inhalte weiterentwickelt und konkretisiert werden. Die Festlegungen der Raumentwicklungsprogramme sind für die städtische Bauleitplanung verbindliche Vorgaben bzw. in der Abwägung zu berücksichtigen.

Für die Abgabe der Stellungnahme bestand eine Frist im Rahmen des ersten öffentlichen Beteiligungsverfahrens bis zum 4.7.2014. Da bis dahin aufgrund der Kommunalwahl eine Einbeziehung der Gremien der Stadtvertretung nicht möglich war, wurde beim zuständigen Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt.

Diesem Antrag wurde aus formalen Gründen zwar nicht entsprochen, es wurde der Stadt aber eingeräumt, eine vorläufige Stellungnahme in der regulären Frist abzugeben und mögliche Nachträge noch bis zum 30.9.14 zu übersenden.

In der Anlage sind daher die vorläufige, dem Ministerium am 30.6.14 übersandte Stellungnahme und eine Darstellung der für die Landeshauptstadt wichtigen Inhalte des Programms mit einer Bewertung beigefügt. Darüber hinaus ist der Entwurf des Landesraumentwicklungsprogramms auf der Internetseite des Ministeriums unter [Fortschreibung Landesraumentwicklungsprogramm - Regierungsportal Mecklenburg-Vorpommern](#) einzusehen.

2. Notwendigkeit

Mitwirkung im förmlichen Beteiligungsverfahren zum Landesraumentwicklungsprogramm, durch das wichtige Belange der Stadt berührt werden.

3. Alternativen

Verzicht auf Mitwirkung im Beteiligungsverfahren

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

Keine

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

Keine

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: ja/nein

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als

Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen:

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen:

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik):

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes

(inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie entsprechende Alternativbetrachtungen):

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte (siehe Klammerbezug Punkt e):

Anlagen:

1. Vorläufige städtischen Stellungnahme zum Entwurf des LEP
2. Darstellung der für die Landeshauptstadt wichtigen Inhalte des Programmentwurfs

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin